

Essay



Irgendwann verschwand die Sonne in Alexandra (Victoria) hinter den Rauchwolken

Spurensuche in der Asche

Australien wurde von einer seiner schlimmsten Naturkatastrophen heimgesucht.

Welche Schuld daran tragen die Menschen? / Von Oliver Marc Hartwich

Die schweren Buschbrände, die letzte Woche im australischen Bundesstaat Victoria wüteten, haben nicht nur 181 Menschenleben gekostet, 1800 Häuser zerstört und 7500 Menschen zu Obdachlosen gemacht. Sie haben auch bei nicht unmittelbar betroffenen Australiern große Verunsicherung ausgelöst. Während die letzten Brände immer noch nicht gelöscht sind, beginnt die Aufarbeitung einer der schlimmsten Naturkatastrophen in der Geschichte des Fünftens Kontinents.

Der gesamte Südosten des Landes hatte in diesem australischen Sommer für mehrere Wochen unter einer Hitzewelle gelitten. Im südastralischen Adelaide wurde an manchen Tagen bereits um zehn Uhr morgens die 40-Grad-Marke überschritten. In Melbourne, der Hauptstadt des Bundesstaates Victoria, fiel praktisch im gesamten Januar kaum ein Tropfen Regen. Auch in Australiens größter Stadt Sydney war es zeitweilig so heiß, dass Nahverkehrszüge wegen verformter Schienenstränge vorsorglich nur noch langsam fahren durften.

Heiße Sommer ist man in Australien zwar durchaus gewohnt, aber gerade für Melbourne und seine Umgebung war dieser Sommer äußerst ungewöhnlich. Man möge sich nichts daraus machen, wenn einem das Wetter in Melbourne nicht gefällt, denn es würde sich im Tagesverlauf noch mehrfach ändern, können Besucher der Stadt in ihren Reiseführern lesen.

Doch dieses Jahr änderte sich in Melbourne nichts. Von Anfang Januar bis in die zweite Februarwoche hinein war die Stadt ein einziger großer Glutofen, und mit jedem Tag der Hitzewelle stieg die Gefahr von Waldbränden in den Außenbezirken der Millionenmetropole weiter an.

Es kann daher niemand behaupten, die Feuer hätten Australien völlig unerwartet getroffen, ganz im Gegenteil. Bereits zwei Tage vor den verheerenden Bränden des 7. Februar hatte der Feuerwehrchef von Victoria gewarnt, dass Temperaturen von um die 46 Grad und kräftige Winde über ausgetrocknetem Land eine extreme Brandgefahr bedeuteten. Einen

Tag vor der Katastrophe rief der Ministerpräsident des Bundesstaates die Bewohner von Melbourne auf, nach Möglichkeit in ihren Häusern zu bleiben und sich im Übrigen auf die schwersten Brände in der Geschichte Victorias vorzubereiten.

Doch alle Vorwarnungen und ein nie zuvor gesehenes Aufgebot an Feuerwehr, Militär und Polizei konnten nicht verhindern, dass eine Fläche von 4500 Quadratkilometern zu einem Raub der Flammen wurde. Nichts konnte die Flammenwand aufhalten, die sich mit einer Geschwindigkeit von bis zu 50 Kilometern in der Stunde durch die trockenen Eukalyptuswälder fraß.

Es ist die Mischung aus der prinzipiellen Vorhersehbarkeit der Katastrophe und ihrem kaum zu fassenden Ausmaß, die die Australier erschüttert hat. Dies umso mehr, als Australien durchaus lange Erfahrungen mit Buschbränden hat. Die alljährlichen Feuer in den weiten Waldgebieten des Kontinents gehören zu Australien wie Koalas und Kakadus. Ja, sie sind sogar ein notwendiger Bestandteil der australischen Natur, die sich auf diese Art und Weise regelmäßig erneuert.

Nur waren die diesjährigen Buschfeuer kaum mit gewöhnlichen Buschbränden zu vergleichen, deren Geruch jeder Australier aus eigener Erfahrung kennt. Sie waren größer, schneller, unberechenbarer – und tödlicher. Gerade weil sie so ungewöhnlich waren, suchen die Australier nun nach Erklärungen für die Katastrophe. Doch ist die Spurensuche in der Asche von Victoria alles andere als einfach.

Die vordergründig plausibelste Erklärung ist der Klimawandel. Während Klimaforscher ausgesprochen zurückhaltend waren, einen Zusammenhang zwischen der Erderwärmung und den Buschbränden herzustellen, hatten australische Politiker in dieser Hinsicht weniger Hemmungen. Bob Brown, der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Senat, mahnte stärkere Anstrengungen in der Klimapolitik an, während Tausende seiner Landsleute nach auf der Flucht vor den Flammen waren. Ähnlich äußerten sich später auch der Klimaberater der australischen Bundesregierung

Ross Garnaut und prominente australische Umweltschützer.

Nur leider ist die Beweislage für eine durch den Klimawandel ausgelöste Katastrophe vergleichsweise dürrig. Zwar ist es richtig, dass die Wetterlage in diesem Jahr sehr ungewöhnlich war, aber eben doch nicht ganz beispiellos. Bereits 1939 hatte es in Victoria Buschbrände gegeben, die von Temperaturen um 45 Grad begünstigt wurden. Damals brannte sogar ein noch größeres Gebiet als in diesem Jahr. Bei Bränden im Jahr 1851 hatten die Temperaturen sogar bei 47 Grad gelegen. Obwohl es zutrifft, dass sich Australien in den vergangenen Jahrzehnten leicht erwärmt hat, muss man daher feststellen, dass es vergleichbare extreme Wetterereignisse dort schon häufiger gegeben hat.

Was die Feuer in diesem Jahr jedoch von vorherigen Katastrophen unterschied, war die Intensität der Brände. Augenzeugen berichteten davon, dass die abgebrannten Ortschaften wie nach einer Atombombenexplosion aussahen. Damit lagen sie wahrscheinlich nicht einmal ganz falsch, wenn man dem Umweltschützer David Packham von der Monash University in Melbourne glauben darf. Er berechnete, dass die in den Feuern freigesetzte Energie jener von 660 Hiroshima-Bomben entsprach.

Dabei hatten Forscher wie Packham schon seit Jahren vor einer solchen Katastrophe gewarnt, für die sie besonders eine falsche Bewirtschaftung des Buschlandes verantwortlich machten. In früheren Zeiten, sogar schon vor der europäischen Besiedlung des Landes, hatte man regelmäßig Waldflächen kontrolliert abgebrannt, um die Ansammlung größerer Mengen brennbarer Materialien zu verhindern. Dadurch konnten die Brennstoffe und damit die Gefahr verheerender Buschbrände reduziert werden. In den vergangenen Jahren habe man das sogenannte Backburning aber immer mehr vernachlässigt, klagt Packham. So sammelten sich in Victoria pro Hektar bis zu 30 Tonnen an Brennholz und Laub an. Aber bereits ab acht Tonnen gelten Buschfeuer als nur noch schwer zu kontrollieren, was denn auch die Heftigkeit erklärt, mit der die Brände am vergangenen Wochenende wüteten.

Dass die rechtzeitige Beseitigung von Brennstoffen insbesondere in den Nationalparks eine wichtige Voraussetzung für die Verhinderung von Brandkatastrophen ist – eine neue Erkenntnis ist dies nicht. Bereits nach schweren Bränden um die australische Hauptstadt Canberra im Jahr 2003 kam eine Untersuchungskommission zu der Empfehlung, in Zukunft wieder mehr kontrolliert abzubrennen. In der Praxis änderte sich allerdings nichts, was wohl auch daran lag, dass gerade das Abbrennen von Nationalparks kaum je eine populäre Politik ist.

Vor allem aber vertritt sich das „Backburning“ nicht mit einem neuen Trend, der in den vergangenen Jahren viele Familien aus den Städten ins Buschland um die australischen Metropolen gezogen hat. Zum einen galt es als chic und naturverbunden, der grauen Stadt den Rücken zu kehren und im Grünen zu wohnen. Zum anderen lockten dort aber auch günstige Hauspreise, während bezahlbarer Wohnraum gerade für junge Familien in den Metropolen knapp geworden war.

Nur führte dies auch dazu, dass die neuen Buschbewohner mit den Gefahren des Buschs praktisch überhaupt nicht vertraut waren. Es mag idyllisch und friedlich aussehen, inmitten großer Eukalyptuswälder zu leben und damit mit dem Kangurus zu frühstücken. Die damit verbundenen Gefahren und wie man mit ihnen umgeht, verstehen die ehemaligen Stadtmenschen aber oft kaum – bis es zu spät ist. Der Chef der Feuerwehr von Victoria warnte denn auch, er könne und wolle nicht mehr für die Sicherheit derjenigen garantieren, die freiwillig in solche besonders von Buschfeuern bedrohte Gegenden ziehen.

So wird es noch lange dauern, bis die Australier die Lektionen aus den jüngsten Buschbränden gelernt haben. Im Moment sind sie sich nicht einmal einig, ob es sich um eine Naturkatastrophe oder nicht doch um menschliches Versagen handelte.

Der Autor lebt in Sydney.

forum@welt.de

Nachdenken über Prostitution: Wie wäre es mit einem Verbot?

Europa kennt die Freizügigkeit, in Schweden geht man den umgekehrten Weg / Von Heleen Mees

Die Prostitution ist auf dem Sektor für personenbezogene Dienstleistungen in den Niederlanden praktisch der einzige Bereich, der funktioniert. Man kann in Amsterdam keine Maniküre bekommen, ohne zwei Wochen im Voraus einen Termin zu buchen, aber Männer können jederzeit Sex kaufen – und zwar zu attraktiven Preisen. Die Legalisierung der Prostitution im Oktober 2000 stellte lediglich die Festschreibung einer langen holländischen Tradition der Tolerierung des Kaufs und Verkaufs von Sex dar. Doch ist Legalisierung richtig?

Selbst in den Niederlanden werden Frauen und Mädchen, die ihren Körper verkaufen, von Zuhältern und Freiern regelmäßig bedroht, verprügelt, vergewaltigt und terrorisiert. So waren bei einem Strafverfahren kürzlich zwei deutsch-türkische Brüder angeklagt, mehr als 100 Frauen zur Arbeit in Amsterdams Rotlichtviertel (De Wallen) gezwungen zu haben. Laut dem Anwalt eines der Opfer stammen die meisten dieser Frauen aus durch Inzest, Alkoholmissbrauch und elterlichen Selbstmord geschädigten Familien. Oder sie stammen aus osteuropäischen oder südostasiatischen Ländern und waren Opfer von Menschenhändlern, die auf scheinbar ehrbare Arbeitsplätze herbeigeführt oder einfach von ihren Eltern verkauft worden waren.

Diese Frauen sind Amsterdams führende Touristenattraktion (gefolgt von den Coffeshops, die Marihuana verkaufen). Doch sind schätzungsweise 50 bis 90 Prozent von ihnen tatsächlich Sexsklavinnen, die jeden Tag aufs Neue vergewaltigt werden, ohne dass die Polizei einschreitet. Es ist unbegreiflich, dass ihre Freier nicht wegen Vergewaltigung angeklagt werden, aber holländische Politiker argumentieren, dass nicht nachweisbar sei, ob eine Prostituierte ihrer Tätigkeit freiwillig nachgehe oder nicht. Von ihrer täglichen Routine erschüttert, stellen Polizeibeamte der Amsterdamer Sitte Anträge auf Versetzung in andere Abteilungen.

Erst in diesem Jahr hat die Stadtverwaltung begonnen, einige Bordelle wegen ihrer Verbindungen zum organisierten Verbrechen zu schließen.

Laut einer im „American Journal of Epidemiology“ veröffentlichten Studie liegt das durchschnittliche Todesalter von Prostituierten bei 34 Jahren. In den USA ist der Prozentsatz am Arbeitsplatz getöteter Prostituierten 51 Mal so hoch wie der der nächstgefährlichen weiblichen Beschäftigung (der Arbeit in Spirituosenhandlungen). Andere Studien zeigen, dass neun von zehn Prostituierten ihrer Tätigkeit dringend entfliehen möchten. Fast die Hälfte hat mindestens einen Selbstmordversuch hinter sich.

Die schwedische Regierung hat 1999 den Verkauf von Sex dekriminalisiert, zugleich jedoch Kuppelei und den Kauf von Sex zu Straftatbeständen gemacht. Gemäß dem schwedischen „Gesetz über den Kauf von Sex“ ist das Bezahlen für

Sex eine Straftat, die mit einer Geldstrafe oder einer Gefängnisstrafe von bis zu sechs Monaten belegt wird – und der Schande öffentlicher Bloßstellung. Laut den schwedischen Behörden ist die Zahl der Prostituierten in Schweden aufgrund dieses Gesetzes um 40 Prozent zurückgegangen. Menschenhandelsringe neigen dazu, einen Bogen um Schweden zu machen, weil ihr Geschäft dort eingebrochen ist.

Norwegen – ein Land, das in der Frage der Frauenrechte einen Ruf zu verlieren hat – hat das schwedische und das holländische Modell sorgfältig verglichen und ist zu dem Schluss gekommen,

dass das schwedische besser ist. Es hat seine Gesetzgebung inzwischen entsprechend geändert.

Der Erfolg des schwedischen Ansatzes überrascht nicht. Laut einer Studie aus Kalifornien würde das Risiko öffentlicher Bloßstellung die meisten Sex kaufenden Männer abschrecken. So erklärten etwa 79 Prozent der Befragten, dass es sie abschrecken würde, falls die Chance bestünde, dass ihre Familien informiert würden. Und überwältigende 87 Prozent gaben zu, dass sie die Drohung abschrecken würde, dass die Polizei ihr Foto oder ihren Namen in der örtlichen Zeitung veröffentlichten könnte.

Die meisten dieser Männer zeigten ein pathologisches Verhalten gegenüber Frauen. Einer von fünf gab zu, bereits eine Frau vergewaltigt zu haben, und vier von fünf gaben an, dass der Besuch von Prostituierten eine Sucht sei.

Die Prostitution wird häufig als „ältestes Gewerbe der Welt“ betitelt. Aber dies ist lediglich eine Methode zur Rechtfertigung der Ausbeutung zumeist gefährdeter Frauen (es gibt in den Niederlanden außerdem eine erheblich kleinere Anzahl männlicher Prostituierte, aber diese haben anders als weibliche Prostituierte keine Zuhälter). Es erfordert eine Vision echter Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, um der Prostitution ein Ende zu bereiten.

Die schwedische Praxis öffentlicher Beschämung ist den Holländern sehr fremd. Doch für einige Männer mag ein Teil des Vergnügens an gekauftem Sex in der den beteiligten Frauen zugefügten Erniedrigung bestehen. Für andere, wie den früheren New Yorker Gouverneur Eliot Spitzer, mag das Versprechen von Diskretion und Anonymität der attraktivste Aspekt an gekauftem Sex sein. In jedem Fall ist ein öffentliches An-den-Pranger-Stellen der Freier wirksame Abschreckung.

Die Autorin ist holländische Ökonomin und Anwältin. Ihr jüngstes Buch „Weg met het deeltijdfeminisme!“ ist dem Feminismus der dritten Generation gewidmet.

© Project Syndicate, 2009
Aus dem Englischen
von Jan Doolan.

forum@welt.de

Leserbriefe DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, Fax: (030) 2591-71608, E-Mail: forum@welt.de

Der Ökodiktator

Zu: „Ihr erstes Duell“; WELT vom 13.2.

Der Methanausstoß der Umweltschützer um Herrn Gabriel verdirbt mit seinen diktatorischen „Gesetzes“-Vorhaben die demokratische Luft in Deutschland sehr viel mehr als jeder andere Klimakiller. Neben der Wirtschaftskatastrophe ist Minister Gabriel mit seinem Ministerium sicher die größte Umweltbelastung für den deutschen Steuerzahler. Effizienter im rechtsstaatlichen Sinne wäre es, das komplette Umweltministerium zu renaturieren.

Hendrik Tongers, Langeoog

Der Leser weiß nicht, ob er sich auf den Arm genommen fühlen oder den ungläublichen Vorstellungen des Umweltministers folgen soll. Es ist wohl längst das Maß der ideologischen Vorstellungen überschritten, wenn man den neuesten Ausführungen des Ministeriums nur annähernd Glauben schenken sollte. Wenn hier nicht die Masse der übri-

gen Regierungsmitglieder den offensichtlich ökosozialistisch diktatorischen Gedankengängen Einhalt gebietet, dann ist der Rest an Hoffnung auf Vernunft bei dieser Regierung als verloren zu betrachten.

Wolfgang Steinborn, per E-Mail

Europäische Hydra

Zu: „Wie viel Macht darf die EU haben?“; WELT vom 11.2.

Die parlamentarische Kontrolle bei Militäreinsätzen ist außer Kraft gesetzt, und auf EU-Ebene gibt es keine öffentliche Begleitung der politischen und parlamentarischen Auseinandersetzungen. Ein Parlamentsvorbehalt für wesentliche/grundlegende EU-Themen mag Sinn machen, reicht allein aber keineswegs. Auch ein effektives Kontrollrecht nationaler Verfassungsgerichte nicht. Übrigens hat der Europäische Gerichtshof gerade die bürger- und menschenrechtsfeindliche Vorratsdatenspeicherung abgelehnt. Eins kommt zu anderen. Pro-

fessor Markus Kerber spricht von einer europäischen Hydra, andere von der EU-Kommission als Zentralkomitee. Aus Artikel 6 I EUV folgen Restriktionen nationaler Verfassungsgeber. Artikel 146 Grundgesetz ermöglicht den Bürgern per Bürgerkonvent und Volksentscheid, das Grundgesetz durch eine gesamtdeutsche Verfassung abzulösen. Gerade im Jubiläumsjahr fürs Grundgesetz 2009 und für die deutsche Einheit 2010 bietet sich eine gute Gelegenheit, demokratische Selbstbestimmung bei der Verfassungsgebung durchzusetzen: wirksame Schuldenbegrenzung, Volksentscheide ins Grundgesetz, Priorität für Ökologie.

Carl Maria Schulte, Frankfurt

Neoliberale Herzenskälte

Zu: „Gerne arm“; WELT vom 13.2.

Danke für diesen hervorragenden Beitrag über Armut und was man bei uns in Westeuropa heute vielfach darunter versteht. Die Autoren sprechen mir und sicher sehr vie-

len anderen Menschen unseres Wohlstandsgemeinwesens aus dem Herzen. Solche Themen gehören öfter auch mal auf die Titelseiten von Zeitungen. Aber da ist wahrscheinlich ein bisschen Angst dabei, als Medium gescholten zu werden, das „neoliberale Herzenskälte“ verbreitet.

Rainer Rutsche, per E-Mail

Forum für Lügenmärchen

Zu: „Die alten Genossen feiern den Chef der Mauererschützen“; WELT vom 13.2.

Bei der Vorstellung seines Buches „Gefängnis-Notizen“ erklärt Egon Krenz unter tosendem Beifall vor 400 alten Genossen, warum der Tag des Mauerfalls so glimpflich verlaufen ist: „Ich kann euch sagen, warum. Weil Gewalt gegen das eigene Volk in der Weltanschauung der Sozialisten nicht vorkommt. Nur darum ist damals kein Blut, sondern Sekt geflossen.“ Ich kann allen Kennern und Nichtkennern der DDR-Diktatur nur den autobiografischen Bericht von Hei-

ke Schroetter „Sehnsucht nach Paris“ als Lektüre empfehlen, in dem sie die am eigenen Leibe erlebten Haftzustände in DDR-Gefängnissen des Jahres 1981 beschreibt. Leider liegt das Buch in Buchhandlungen nicht aus und ist nur über das Internet zu bestellen. Es ist eine Schande für das demokratische Deutschland, dass Menschen wie Egon Krenz ein Forum für ihre Lügenmärchen erhalten und es noch genügend Menschen gibt, die Beifall klatschen und sich nach diesen Zeiten zurücksehnen. Noch schlimmer ist es, dass es Menschen in demokratischen Parteien gibt, die mit der Linkspartei koalieren wollen, wenn es auch nur auf Länder-ebene ist.

Christiane Lüthen, Tönisvorst

Fakten richtig wiedergeben

Zu: „Abwege des Katholizismus“; WELT vom 11.2.

Der Papst hat die Exkommunikation (Verweigerung der Teilnahme an den Sakramenten) zurückgenommen. Falsch ist, dass bis-

her irgendeinem dieser vier Bischöfe „Amt und Würden wieder gewährt wurden“. Für mich als einen, der „die Gnade der späten Geburt“ hat, ist es für die Glaubwürdigkeit von Aussagen eines Zeitzeugen über die Vergangenheit sehr wichtig, dass dieser Fakten der Gegenwart richtig wiedergibt. Andernfalls kommen auch Zweifel auf, ob Fakten der Vergangenheit richtig wiedergegeben wurden. Vorliegende Kolumne erwähnt in der Aufzählung der Päpste der jüngeren Vergangenheit und deren Verhältnis zum Judentum auch nicht, dass der gegenwärtige Papst in Wort und Tat als sehr judenfreundlich einzuschätzen ist.

Manfred Eckert, Neu-Ulm

Mittel gegen Stress

Zu: „Doping am Arbeitsplatz: Pillen gegen Stress und Müdigkeit“; WELT vom 13.2.

Doping am Arbeitsplatz – und kein Wort über Nikotin, Koffein, Alkohol?

Dieter Hiller, Wiesbaden